Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SK/035(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum	Mittwoch, 04.07.2007	Krankenhaus Olvenstedt Beratungsraum Magistrale	17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift 34(IV)07 vom 06.06.2007
- 4 Sonstiges

Anwesend:

Siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Betriebsausschusses, Frau Bröcker, begrüßt die Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde.

Es sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Somit ist der Betriebsausschuss beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Stimmen - 8 Ja
Stimmen - 0 Nein
Stimmen - 0 Enthaltung

3. Bestätigung der Niederschrift 34(IV)07 vom 06.06.2007

Herr Ansorge bemerkt, dass in o. g. Niederschrift zum Pkt. IM-Mitarbeit seine Formulierung eine Gewichtung erhält, die so nicht stattgefunden habe.

Die Niederschrift 34(IV)07 vom 06.06.2007 wird bestätigt.

Stimmen - 6 Ja
Stimmen - 0 Nein
Stimme - 2 Enthaltung

4. Sonstiges

Verwendung Pauschaler Fördermittel

Frau Dr. Neumann berichtet, dass eine Prioritätenliste erstellt wurde und über einzelne Maßnahmen beraten wurde. Ersten Ergebnisse liegen vor.

Herr Dr. von Kracht erläutert diese entsprechend der Anlage.

Herr Dr. Hildebrandt erkundigt sich, ob es Vergleichszahlen mit anderen Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt bzw. anderen Bundesländern geben würde.

Herr Dr. v. Kracht legt dar, dass alle Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt diese Probleme hätten.

Herr Ansorge hinterfragt die Problematik und erkundigt sich nach Möglichkeiten der privaten Häuser in Sachen Finanzierung.

Herr Dr. v. Kracht informiert, dass mit einer Rechtsformänderung eine Kreditfinanzierung möglich sei.

Herr Danicke fragt, ob es nicht besser sei, preisintensive Anschaffungen zu leasen, da sie einem schnellen Verfall unterliegen.

Frau Dr. Neumann antwortet, dass mit neuer Rechtsform auch Leasingformen möglich wären.

Herr Dr. v. Kracht erläutert nochmals die Problematik des Kaufs höhenverstellbarer Betten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Schwestern.

Herr Salzborn erkundigt sich, in welchem Jahr die Betten angeschafft wurden.

Herr Dr. v. Kracht weist darauf hin, dass die Betten noch aus DDR-Bestände seien.

Frau Kubbutat hinterfragt, ob die Rationalisierung durch Technik einen Stellenabbau hervorrufe.

Herr Dr. v. Kracht verneint.

Herr Salzborn hinterfragt dem Einkauf im Verbund.

Herr Dr. v. Kracht erläutert, dass verschiedene Varianten geprüft werden.

Personalversammlung

Herr Ansorge äußert seine Bedenken bezüglich der Informationspolitik. Er könne auf Anfragen der Bevölkerung nicht reagieren. Speziell hinterfragt er einen Passus aus dem Abfindungsvertrag.

Frau Dr. Neumann informiert, dass der Personalrat die Personalversammlung kurzfristig einberufen habe. Des Weiteren informiert sie, dass die Tarifverhandlungen begonnen haben.

Herr Ansorge betont nochmals, dass keine Information erfolgt sei und die Magdeburger Bürger ihn mit Fragen konfrontieren, die er nicht beantworten könne.

Frau Dr. Neumann berichtet, dass im letzten Betriebsausschuss informiert wurde. Im Rahmen der Konsolidierung wurden dann Tarifverhandlungen aufgenommen.

Herr Danicke bekräftigt, dass der Betriebsausschuss Vertreter der Magdeburger Bürgerschaft sei und eine Kontrollfunktion habe. Man bekomme erst die Information, wenn schon alles passiert sei. Er fragt an, ob es möglich sei, kurz per mail informiert zu werden.

Frau Dr. Neumann weist darauf hin, dass sie immer entsprechend der Eigenbetriebsatzung gehandelt habe und ihrer Pflicht auf umgehende Information der Beigeordneten nachgekommen sei.

Herr Danicke bittet um Einigung, wie künftig grundsätzlich zu verfahren ist.

Frau Kubbutat erläutert, dass die Konsolidierung mehrfach im Betriebsausschuss dargestellt wurde und erläutert den Werdegang. Auch sie hätte sich eine Vordiskussion im Betriebsausschuss gewünscht.

Herr Hildebrandt legt dar, dass es wichtig sei, sich in diesem Gremium zu beraten, wie künftig verfahren werden soll.

Frau Paqué weist darauf hin, dass die Positionen bei den Betriebsausschussmitgliedern bekannt waren und jeder sich hätte erkundigen können.

Frau Bröcker fragt, wie weiter verfahren werden soll. Das Gesamtpaket Konsolidierung war lange bekannt – sicherlich nicht im Detail und wie es umgesetzt werde.

In den Tarifverhandlungen sei vorerst eine Vorlage verhandelt worden. Das KAV-Tarifpaket könne nicht vorab im Betriebsausschuss diskutiert werden. Dies sei Angelegenheit der Betriebsleiterin. Hinsichtlich der Personalversammlung konstatiert sie, dass seitens des Eigenbetriebes eine Information per Email sinnvoll gewesen wäre.

Frau Bröcker betont, dass es in dieser komplizierten Lage darauf ankäme, Lösungen zu entwickeln mit dem Ziel, das Städtische Klinikum Magdeburg in die „schwarzen Zahlen“ zu bringen. Sie fragt an, welche Infos von den Mitgliedern des Betriebsausschusses erwartet werden.

Herr Ansorge denkt, dass man bevor eine DS entstehe, im Betriebsausschuss über diese Thematik sprechen könne.

Frau Dr. Neumann erklärt, dass die DS kurzfristig bei ihr eingegangen wäre. Sie hätte bereits bei der Fa. Kienbaum angeregt, vor Umsetzung diese Vorlage im Betriebsausschuss vorzustellen.

Frau Dr. Neumann betont, dass sie kein Interesse hätte, etwas geheimzuhalten, es müsse dann hier festgelegt werden, dass die Meldung besonderer Vorkommnisse künftig anders erfolgte, eine Verständigung mit der Beigeordneten müsse hierzu erfolgen.

Herr Anzorge hinterfragt den Abfindungsvertrag § 2, Abs. 2 - er halte die Klausel für sittenwidrig und erkundigt sich nach Inhalten des Abfindungsvertrages.

Frau Kreitschi erläutert, dass es eine verwaltungsinterne Richtlinie gebe, angelehnt an die Richtlinien der Landeshauptstadt Magdeburg, die sich wiederum an Regelungen des Landes Sachsen-Anhalt orientiert. Inhalt ist, dass Mitarbeiter, die aus dem öffentlichen Dienst mit Abfindung ausscheiden, diese zurückzahlen müssen, wenn sie in einer anderen Einrichtung des öffentlichen Dienstes eine wieder eine Arbeit aufnehmen.

Umzug

Frau Dr. Neumann geht davon aus, dass alle Mitglieder des Betriebsausschusses ihre Einladungen erhalten haben. Sie erläutert das Procedere für den 06.07.07 und gibt den Programmablauf bekannt.

Qualitätsbericht

Herr Salzborn erkundigt sich nach Standards der Krankenhäuser, die veröffentlicht werden müssen und fragt, ob diese den Mitglieder des BA zur Kenntnis gegeben werden.

Der ChA Dr. Löttge erklärt, dass per Gesetz festgelegt wurde, dass Qualitätsberichte veröffentlicht werden müssen. Dort werden die 10 wichtigsten DRGs veröffentlicht und jede Klinik hat die Möglichkeit sich vorzustellen.

Frau Dr. Neumann weist darauf hin, dass noch ein hausinterner Bericht gefertigt wurde, der an alle niedergelassen Ärzte verteilt wurde. Dieser wurde erstellt, weil dort mehr Informationen enthalten seien, als gesetzlich vorgeschrieben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Bröcker
Vorsitzende/r

Schönian
Schriftführer/in